

29. Ostermarsch 2012

Liebe Freunde und Freundinnen!

52 Jahre Ostermärsche in der BRD und der 29. Würzburger Ostermarsch gegen Krieg und Militarisierung, gegen Atomwaffen und Umweltzerstörung – für friedliche Konfliktlösungen weltweit, für Völkerrechte und Völkerverständigung.

Auf dem 11. Würzburger Ostermarsch 1994 hieß unser Thema:

„Rüstungsexport ist Völkermord! Würzburg - wach auf!“

Damals sagte Sebastian Bamberg aus Gießen von der Kampagne gegen Rüstungsexporte: Deutschland ist der größte Rüstungsexporteur Europas und liegt hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle. Faktisch hat sich an dieser Aussage bis ins 21. Jahrhundert nichts geändert.

Die Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI vom 19.03.2012 belegen dies eindrucksvoll. Deutschland hat zwischen 2007 und 2011 seine Rüstungsexporte gegenüber dem vorangegangenen 4-Jahres-Zeitraum um 37 % ausgeweitet. Damit festigt Deutschland seinen Platz als weltweit drittgrößter Waffenlieferant. Mit solchen Zuwachsraten lag man deutlich vor den beiden „Großen“, den USA (+24 %) und Russland (+ 12 %). Die deutsche Rüstungsindustrie, genauer gesagt der militärische industrielle Komplex, boomt und die Geschäfte mit den todbringenden Waffen laufen bestens.

Im Jahr 2010 hat die BRD Kriegswaffen im Wert von insgesamt 2,1 Mrd. € ins Ausland geliefert. Dabei wurde und wird der Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete und nicht an menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern zunehmend missachtet und von der jetzigen Bundesregierung unterlaufen. Darum ist die Kampagne von Ohne Rüstung leben: „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ jetzt so wichtig.

Die Komplexität dieses Themas übersteigt eine Ostermarschrede, um z. B. nur die Verflechtung von kapitalistischen Interessen von Banken, Versicherungen und Rüstungsindustrie darzustellen. (Gute Information dazu unter www.friedenskooperative.de.)

Trotzdem möchte ich an drei Beispielen kurz exemplarisch aufzeigen, was eine menschenverachtende Rüstungspolitik in den Empfängerländern an Menschen, Völkern, Staaten und gesellschaftlichen Verhältnissen zerstört.

Erstes Beispiel: Griechenland

Im Krisenjahr 2010, als die Schuldenkrise das Land immer mehr bedrohte, kaufte Athen für 1,5 Mrd. € Waffen (MAINPOST, Mittwoch, 14.03.2012).

Am meisten profitierte Frankreich von diesen Waffenexporten mit 871 Mio. €

Auch Deutschland und die Niederlande, die als strenge Sparapostel von dem hochverschuldeten Griechenland für jeden Rettungskredit der EU besonders harte soziale Sparmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung forderten, kassierten für Waffenlieferungen zusammen fast 90 Mio. €

Nicht das griechische Volk ist faul, sondern in der EU gibt es „faule“, korrupte, elitäre, kapitalistisch orientierte Eliten, die sogenannte Sicherheitsinteressen und Geschäfte mit dem Tod vor die Menschenrechte und Würde des griechischen Volkes stellen. Deshalb sind der Widerstand und die Streiks der Bevölkerung in Griechenland gut und notwendig.

Zweites Beispiel: Saudi-Arabien

Obwohl die Menschenrechte aufs gröbste verletzt werden, hatte am 27.06.2011 der Bundessicherheitsrat in geheimer Sitzung den Export von 200 modernsten Kampfpanzern des Typs Leopard 2A7+ nach Saudi-Arabien genehmigt, was auf heftige Proteste von Abgeordneten und der Öffentlichkeit stieß.

Der Kampfpanzer Leopard 2 wurde vom Hersteller Kraus-Maffei Wegmann für den „urbanen Einsatz“ im Mittleren Osten konzipiert, Auftragsvolumen 1,7 Mrd. €. Die Exportgenehmigung hätte nie erteilt werden dürfen, denn sie verstößt gegen die Richtlinien für das Waffenexportgesetz aus dem Jahre 2000.

Saudi-Arabien hatte zuletzt im Februar 2011 mit Panzern die Demokratiebewegung im Nachbarland Bahrain blutig niedergeschlagen.

Ein weiterer Skandal ist die Lizenzvergabe zum Nachbau Deutscher Waffen z.B.: die Lizenzfertigung des G 36-Sturmgewehres von Heckler & Koch in Saudi-Arabien.

Die Hersteller, die sich zum Teil im Besitz der Daimler AG und von VW befinden, Aktionäre und die Banken, werden zu „Gewinnern“ dieser Waffengeschäfte – die arabischen Demokratiebewegungen wohl zu den „Verlierern“.

Drittes Beispiel: Waffenexporte ins südliche Afrika: Geschäft mit dem Tod.

Dazu zitiere ich den Kriegsdienstverweigerer und Journalisten Emanuel Matondo von der Angolanischen Antimilitaristischen Menschenrechtsinitiative: „Man kann die Entwicklung in Ländern wie Angola nicht fördern, in dem Waffen in Milliardenhöhe verkauft werden.

Verbunden damit sind Vetternwirtschaft, Korruption und die Pervertierung demokratischer Werte. Deutschland betreibt eine Politik, die kontraproduktiv für die Entwicklung in Angola ist und das Image Deutschlands auf dem schwarzen Kontinent beschädigt. Man muss die Frage in den Vordergrund stellen, wie man von Deutschland aus eine Entwicklung in diesen Ländern fördern kann, die wirklich der dortigen Bevölkerung nutzt.“

Meine Antwort:

Keine deutschen Waffen an Kriegsparteien und Menschenrechtsverletzer!

Die gegenwärtige ökonomische Krise zeigt leider die Tendenz, Aufrüstung und Krieg als „Lösung“ der Krise erscheinen zu lassen. Diese erschreckende Tendenz stimmt leider.

Das Heidelberger Institut für Konfliktforschung kommt im Februar 2011 zum Ergebnis:

1. Die Zahl der Kriege in aller Welt ist 2011 auf dem höchsten Stand seit 1945 mit insgesamt 20 Kriegen!

2. 2011 zählten die Forscher insgesamt 38 „hoch gewaltsame Konflikte“, also Auseinandersetzungen mit massivem Einsatz von Gewalt und verheerenden Folgen, besonders im Vorderen und Mittleren Osten und in Afrika.

Die letzten zwei Zahlen auf dem 29. Würzburger Ostermarsch:

- Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben 2011 1,5 Mrd. € gekostet.
- Die ersten 10 Jahre des Afghanistaneinsatzes haben nach Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 17 Mrd. € gekostet, das war dreimal so viel wie die von der Bundesregierung offiziell veranschlagten 5,5 Mrd. €.
- Darum ist die Forderung der Kampagne des Forums Ziviler Friedensdienst (ZFD) „Eine andere Friedenspolitik ist möglich! 20 Millionen mehr vom Militär!“ unbedingt nötig und unterstützenswert.

Wir müssen den Kreislauf der gegenwärtigen weltweiten ökonomischen Krise durchbrechen:

Gegen Kapitalismus und Krieg – für globale Gerechtigkeit und gemeinsamem Frieden!

Friede unter den Menschen ist kein Zustand, sondern ein Weg zu einem Zusammenleben der Völker in Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit. Friede ist ein Weg für ein politisches Denken und Handeln, das eine Welt ohne Militarismus und Waffen anstrebt. Gemeinsamer Frieden fordert nicht eine konfliktfreie Welt, sondern die Bereitschaft zu Toleranz, zum Dialog und zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen und Weltanschauungen.

Gemeinsamer Frieden verlangt eine Politik ohne Nötigung, Erpressung und Abschreckung, eine Politik der konstruktiven Zusammenarbeit der Völker. Das heißt:

**Abrüstung statt Sozialabbau, gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte!
Für eine atomwaffenfreie Welt und gegen Atomwaffen in Deutschland!**